



Marktgemeinde Wullersdorf

Bahnstraße 255, 2041 Wullersdorf
Politischer Bezirk: Hollabrunn

Telefon 02951 / 8433
Fax 02951 / 8272
eMail gemeinde@wullersdorf.at
Web <http://www.wullersdorf.at>

Weinviertel

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Marktgemeinde Wullersdorf vom

Mittwoch, dem 16. Februar 2022

im Gemeindesaal, Hauptplatz 28 2041 Wullersdorf.

Beginn: 19:47 Uhr

Ende: 20:52 Uhr

Teilnehmer

HOGL Richard	Bürgermeister als Vorsitzender	BAUER Heike	Gemeinderätin
DUNKL Franz	gf. Gemeinderat	GRÜNWIDL Thomas	Gemeinderat
FELLINGER DI Herbert	gf. Gemeinderat	PREGLER Richard	Gemeinderat
PATSCHKA Gerald	gf. Gemeinderat	SAMSINGER Robert	Gemeinderat
PIMBERGER Hubert	gf. Gemeinderat	SCHAUER Karl	Gemeinderat
		SCHEIBBÖCK Josef	Gemeinderat
		SCHNÖTZINGER Ignaz	Gemeinderat
		SKLENAR Gerhard	Gemeinderat
		SMODE Mag. René	Gemeinderat
		TRITTENWEIN Sandra	Gemeinderätin
		WEBER Thomas	Gemeinderat
		ZAHLBRECHT Adolf	Gemeinderat

Entschuldigt

MAURER Annemarie, ERNST Kurt, ROHRER DI Günther, KOPP Johannes

Nicht Entschuldigt

Protokollführung

SCHINNERL Nicole

Stellv. Amtsleiterin

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1	Begrüßung und Beschlussfähigkeit	3
2	Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 09.12.2021	4
3	Bericht der Ausschüsse	5
4	Beschluss der Schlussrechnungssumme Neubau Kindergarten Immendorf	5

Nicht öffentlicher Teil

5	Antrag auf Umwidmung Betriebsgebiet	
6	Grundstücksangelegenheiten	

SITZUNGSVERLAUF UND BESCHLÜSSE:

1 Begrüßung und Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Richard Hogl begrüßt, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung des Gemeindevorstandes.

Dringlichkeitsantrag

Gemäß § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBl. 1000 idGF. Stellt die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, folgenden dringlich zu behandelnden Punkt nachträglich in die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung aufzunehmen:

Nicht bei der Jugend sparen:

Ja zum Semesterticketbonus für Studierende

Begründung:

Beim Budgetlandtag am 17./18.11.2021 hat das Land Niederösterreich Kürzungen im Bereich der Jugendförderung beschlossen. Mit der Streichung der Semesterticketförderungen, die zu 50% vom Land und 50% von den Gemeinden getragen wurde, spart das Land Niederösterreich bei den Studierenden. Niederösterreich leistet bekanntlich auch keinen finanziellen Beitrag zum Klimaticket, da die Einnahmenverluste der „VOR“ für die Jahre 2022 und 2023 vom Bund ausgeglichen werden. Das Klimaticket stellt für unser Bundesland somit ein Nullsummenspiel dar.

Statt nun junge Niederösterreicher*innen weiterhin zu fördern, damit diese „mobil sein können“, wie dies in den Erläuterungen zum Budget angeführt ist, streicht Niederösterreich bei der Jugend genau 3,3 Millionen. Dies betrifft die gesamte Budgetposition 1/459909/7690 „Sonstige Zuwendungen an Einzelpersonen“, welche nun nicht mehr dotiert ist.

Das Land Niederösterreich verringert das Jugendförderungsbudget um über 70%, statt in die Jugend – diese ist schließlich unsere Zukunft – zu investieren. Erschwinglicher Öffentlicher Verkehr für Jugendliche hat den zusätzlichen Effekt, dass sie durch die Gewohnheit als Erwachsene eher mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren werden.

Aus der Sozialerhebung Studierende kann man eindeutig sehen: 65% der Studierenden müssen jetzt schon arbeiten, um sich das studieren leisten zu können¹. Das Land Niederösterreich will durch die Kürzungen den Studierenden offensichtlich das studieren weiter erschweren. In Zeiten der Klimakrise ist es auch besonders bedenklich, wie wenig Geld in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs steckt.

Eine aktuelle Studie zeigt, dass Studierende beim Pendeln mit öffentlichen Verkehrsmitteln einer immer größer werdenden finanziellen Belastung ausgesetzt werden. Dabei gäbe es in NÖ zahlreiche Möglichkeiten um Student*innen diesbezüglich zu entlasten.

Das TOP-Jugendticket für die Ostregion hat sich seit seiner Einführung bewährt, es kann derzeit von allen rund 230.000 Schüler*innen sowie Berufsschüler*innen, Lehrlingen und Teilnehmer*innen des freiwilligen Sozialjahres bzw. des freiwilligen Umweltschutzjahres sowie Polizeischüler*innen bis zum 24. Lebensjahr auf allen Verbundlinien in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland bis zum Beginn der Sommerferien um € 79,- in Anspruch genommen werden.

¹http://www.sozialerhebung.at/images/Praesentationen/Sola19-2020_10_08_Kernbericht.pdf;
<http://www.sozialerhebung.at/index.php/de/>

Studierende und sonstige Teilnehmer*innen von berufsausbildenden Schulen, Lehrgängen sowie Kursen (zB. Pflegeassistentenberufe) sind jedoch nach wie vor von diesem Angebot – unabhängig vom Alter – ausgeschlossen)

Der zuständige Verkehrslandesrat bezeichnete seinerzeit das Top-Jugend-Ticket als familienpolitischen Meilenstein. Die Einbeziehung der Personen, welche eine Ausbildung absolvieren, in das TOP-Jugendticket würde die finanziellen Belastungen der jungen Menschen erheblich reduzieren. Darüber hinaus könnte mit dieser Maßnahme auch eine Vereinfachung der Förderung des Öffentlichen Verkehrs bewirken, da keine unterschiedlichen Förderungen und Zuschüsse von Bundesländern, Gemeinden und Verkehrsunternehmen mehr erforderlich wären – mit dem TOP-Jugendticket könnte alles abgegolten sein. Dies würde auch eine Verwaltungsvereinfachung und somit Kostenersparnis („Sparen im System“) bedeuten. Darüber hinaus würden damit Ungleichbehandlungen, welche aus der Zufälligkeit des Hauptwohnsitzes resultieren, beseitigt.

Deshalb stellt die sozialdemokratische Fraktion an den Gemeinderat der Marktgemeinde Wullersdorf folgenden

Antrag

- Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne der Antragsbegründung für die Ausweitung des TOP-Jugendtickets auf alle unter 26 und alle in Ausbildung befindlichen – also Studierenden im universitären als auch im fachhochschulischen Bereich sowie sonstige Teilnehmer*innen von berufsausbildenden Schulen, Kursen und Lehrgängen sowie Lehrlinge – einzusetzen.

Weiters möge der Gemeinderat ein Zeichen für die Jugend in unserer Gemeinde setzen und weiterhin die Mobilität der Studierenden fördern. Deshalb soll die Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich:

- a) Die Semesterticketförderung in Höhe von 50 € pro Semester weiter auszahlen
- b) Den Landesanteil in Höhe von 50 € pro Semester übernehmen

Der Gemeinderat möge über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages abstimmen.
Dieser Antrag wird 7:10 Gegenstimmen (ÖVP) abgelehnt.

2 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 09.12.2021

Das Protokoll über die Sitzung des Gemeinderats vom 09.12.2021 wird zur Unterschrift vorgelegt.

**G. Sklenar regt noch folgende Änderungen für das öffentliche Protokoll an.
Die gegenderten Bezeichnungen der Gemeinderäte auf der ersten Seite sind verrutscht und müssen korrigiert werden.**

Punkt 3: Bericht der Ausschüsse

Der Bericht des Finanz- und Beratungsausschusses wurde dem Gemeinderat nicht zur Kenntnis gebracht, sondern ist den Gemeinderäten zugegangen.

Im nicht-öffentlichen sind Änderungen zu Punkt 14b.

Die Änderungen werden einstimmig angenommen.

Erstellt:
Nicole Schinnerl

Freigegeben:
Bürgermeister Richard Hogl

Datum:
22.02.2022

Version:
1

Ziffer:
1/GR 2022-02-16 ö

Seite:
4

Die Schriftführerin korrigiert die Punkte und stellt die Protokolle den Gemeinderäten zu.

3 Bericht der Ausschüsse

Dem Gemeinderat wurden die Protokolle des Prüfungsausschusses und der Sitzung des Finanz- und Beratungsausschusses zur Kenntnis gebracht:

Prüfungsausschuss (29.12.2021)

Finanz- und Beratungsausschuss (20.01.2022)

4 Beschluss der Schlussrechnungssumme Neubau Kindergarten Immendorf

Nach Fertigstellung des Projekts „Neubau Kindergarten Immendorf mit integrierter Tagesbetreuungseinrichtung“ liegen die Rechnungssummen von € 2.372.713,48 exkl. MwSt. und die Zusatzkosten zur Erfüllung der vom Land NÖ erteilten Auflagepunkte, aufgrund von Planungsmängeln, von € 34.380,70 exkl. MwSt., somit die Gesamtsumme von € 2.407.094,18 exkl. MwSt., vor.

Da Teile der Baumaßnahmen und der damit verbundenen Kosten noch rechtlich strittig sind, sollen die Maximalkosten von € 2.407.094,18 exkl. MwSt. in einem Grundsatzbeschluss festgehalten werden.

Der Gemeinderat möge einem Grundsatzbeschluss für die maximale Nettosumme von € 2.407.094,18 exkl. MwSt. zustimmen.

Dieser Antrag wird 17:1 Enthaltung (F. Dunkl) angenommen.

G. Sklenar: Es wäre bei solch heiklen Themen besser im Vorfeld auch die Fraktionsvorsitzenden zu Besprechungen einzuladen um etwaige Fragen stellen und abklären zu können.

g.g.g.



Schriftführer



Bürgermeister



Protokollfertiger (ÖVP)



Protokollfertiger (SPÖ)



Protokollfertiger (FPÖ)